Britta Alexandra Mester

Videoüberwachung

Beobachtung öffentlicher Bereiche durch optisch-elektronische Einrichtungen

Optisch-elektronische Geräte

Als optisch-elektronische Einrichtungen werden Geräte bezeichnet, die Bildsignale aufzeichnen, wahrnehmbar machen und/oder weiterleiten, womit unabhängig von der verwendeten Technik sowohl analoge als auch digitale (Video-) Kameras sowie Webcams erfasst werden.¹ Inwieweit das Gerät auf bestimmte Bereiche gerichtet ist, eine Auslösung manuell oder automatisch erfolgt, hin und her schwenkt bzw. wegen eines fahrbaren Untersatzes zum Beispiel sogar mobil ist (vgl. Dashcams),² ist unerheblich.³ Notwendig ist es allerdings, dass eine tatsächliche Beobachtung möglich ist, weshalb bspw. (Kamera-) Attrappen in diesem Sinne nicht unter § 6b Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) fallen,⁴ jedoch trotzdem Abwehrrsprüche auslösen können.⁵ Eine Aufzeichnung ist demgegenüber nicht notwendig.⁶

Öffentlich zugänglicher Raum

Die Beobachtung öffentlich zugänglicher Räume mittels optisch-elektronischer Einrichtungen wird durch § 6b BDSG geregelt.⁷ Erfasst werden von der Vorschrift jedoch nur öffentlich zugängliche „Bereiche“,⁸ wobei unerheblich ist, ob diese Räume umschlossen oder überdacht sind. Vielmehr kommt es darauf an, inwieweit ein Bereich dem öffentlichen Verkehr gewidmet ist oder dem erkennbaren Willen des Berechtigten zufolge von jedermann genutzt bzw. betreten werden kann.⁹ Es reicht daher aus, wenn ein Berechtigter die tatsächliche Nutzungsmöglichkeit eröffnet. Dass die Nutzung vom Erwerb einer Eintrittskarte oder einer Anmeldung abhängig gemacht wird, steht dem öffentlich zugänglichen Bereich nicht entgegen, sofern die Möglichkeit jedem eröffnet ist.¹⁰ Fehlende Kontrollmöglichkeiten sind demgegenüber kein Hinweis darauf, dass der Bereich öffentlich zugänglich sein soll (bspw. Fabrikgelände, Vorgarten eines Hauses).¹¹

Zulässigkeit

Die Zulässigkeit der Beobachtung solcher Räume mittels optisch-elektronischer Einrichtungen findet sich in § 6b Abs. 1 BDSG. Danach muss die Beobachtung entweder zur Aufgabenerfüllung einer öffentlichen Stelle, zur Wahrnehmung des Hausrechts oder aber zur Wahrnehmung berechtigter Interessen für konkret festgelegte Zwecke erforderlich sein und es dürfen keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen des Betroffenen überwiegen.

In § 6b Abs. 3 S. 1 BDSG wird darüber hinaus nochmals die strenge Zweckbindung der erfolgten Videoaufzeichnungen verdeutlicht, indem die Zulässigkeit der (weiteren) Verarbeitung oder Nutzung der Daten nur besteht, wenn sie zum Erreichen des verfolgten Zwecks (bspw. Beobachtung von Auffälligkeiten) erforderlich sind und keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen.¹² Zu anderen Zwecken sind die Verarbeitung und Nutzung demgegenüber in § 6b Abs. 3 S. 2 abschließend geregelt (Hinweis durch das Wort „nur“) und danach zulässig, wenn sie zur Abwehr von Gefahren für die staatliche und öffentliche Sicherheit sowie Verfolgung von Straftaten erforderlich sind.¹³ Sind die Inhalte der Daten hingegen nicht relevant bzw. ergibt sich nachträglich ein vorrangiges schutzwürdiges Interesse des Betroffenen, sind diese unverzüglich zu löschen (§ 6b Abs. 5 BDSG).¹⁴

Hinweisschilder

Die verantwortliche Stelle hat die Beobachtungseinrichtung kenntlich zu machen (vgl. § 6b Abs. 2 BDSG). Unabhängig davon, ob die Kamera gut sichtbar ist, müssen zur Kenntlichmachung „geeignete Maßnahmen“ ergriffen werden, damit ein Betroffener sein Verhalten danach ausrichten und gegebenenfalls der Beobachtung ausweichen kann.¹⁵ Sofern nicht erkennbar ist, wer für die Beobachtung verantwortlich ist, muss einem Piktogramm (Kamerasymbol, aber bzw. akustische Signale bei Nutzung durch Blinde) noch ein Hinweis auf die verantwortliche Stelle hinzugefügt werden. Dieser Hinweis muss vor Eintritt in den überwachten Bereich erfolgen.

Verstöße

Darüber hinaus enthalten die Absätze 4 und 5 des § 6b BDSG eine Benachrichtigungs- sowie Löschungspflicht. Die Nichtbeachtung der Absätze 3-5 von § 6b BDSG kann je nach Fallgestaltung eine strafbare Handlung im Sinne des § 201a StGB darstellen oder Schadensersatzansprüche der Betroffenen gemäß § 7 BDSG bzw. §§ 823, 1004 BGB in Verbindung mit dem informationellen Selbstbestimmungsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) sowie Beweisverwertungsverbote auslösen.¹⁶

1 Vgl. Zscherpe, in: Taeger/Gabel, BDSG, 2. Aufl., § 6b Rn. 19.

2 Zu Dashcams in diesem Heft Reibach, DuD 2015, S. 157; Hofmann/Hödl DuD 2015, S. 167; Schwenke, DuD 2015, S. 161.

3 Ebenso Becker, in: Plath, BDSG, § 6b Rn. 12; Zscherpe, in: Taeger/Gabel, BDSG, 2. Aufl., § 6b Rn. 19; auch digitale Fotoapparate oder Mobiltelefone mit Kamera gehören dazu, siehe Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 13a; dazu Bergfink, DuD 2015, S. 145 m.w.N.

4 Zscherpe, in: Taeger/Gabel, BDSG, 2. Aufl., § 6b Rn. 20; a.A. wohl Becker, in: Plath, BDSG, § 6b Rn. 13.

5 Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 14; zum Problem der Videoüberwachung auch schon Weichert, DuD 2000, S. 662.

6 Zscherpe, in: Taeger/Gabel, BDSG, 2. Aufl., § 6b Rn. 20; Bergfink, DuD 2015, S. 145.

7 Eine Sonderregelung für den nicht öffentlich zugänglichen Raum besteht für Beschäftigte gemäß § 32 BDSG.

8 Dazu ausführlich OVG Lüneburg, Az. 11 LC 114/13, Urteil vom 29.9.2014, DuD 2014, 864, dazu Zscherpe, DuD 2015, S. 172; sowie Reibach, ZD 2014, S. 641.

9 Dazu Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 8 m.w.N.

10 Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 8.

11 Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 9; im Einzelnen dazu Bergfink, DuD 2015, S. 145; Jerchel/Schubert, DuD 2015, S. 151.

12 Hierzu bei Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 28 f.

13 Dazu Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 29; Zscherpe, in: Taeger/Gabel, BDSG, 2. Aufl., § 6b Rn. 80 ff.

14 Vgl. Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 30.

15 Im Einzelnen dazu bei Gola/Schomerus, BDSG, 11. Aufl., § 6b Rn. 22 ff.; Bayreuther, NZA 2005, S. 1038 (1040).

16 Zscherpe, in: Taeger/Gabel, BDSG, 2. Aufl., § 6b Rn. 98 ff. m.w.N.